

Sicherheitsbehörden auf dem rechten Auge blind

Private Daten hunderter Politiker im Netz

Markus Beckedahl

Ein 20-Jähriger veröffentlichte Anfang Januar hunderte teils sehr private Dokumente von deutschen PolitikerInnen, JournalistInnen und anderen Prominenten über einen Twitter-Account. Nach seiner Festnahme verkündete das Bundeskriminalamt in einer Pressemitteilung, dass der Täter durch öffentliche Äußerungen seiner Opfer motiviert wurde. Er habe sich über bestimmte Erklärungen geärgert, so das BKA. Stunden später erklärte BKA-Präsident Holger Münch in einer Pressekonferenz mit Innenminister Seehofer, dass es sich „nicht um eine politisch motivierte Tat“ gehandelt habe. Das verwirrt. Begründet wird die Einordnung der Taten mit der Definition des Begriffes „Politisch Motivierte Kriminalität“ (PMK), die besagt, dass im Gegensatz zur Allgemeinkriminalität politisch motivierte Straftaten vor allem die demokratischen Grundwerte und die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte bedrohen.

Dass der Täter keine politisch motivierten Straftaten begangen habe, obwohl er politisch andersdenkende Menschen mit einer Doxing-Strategie angegriffen und in ihrer Privatsphäre massiv verletzt hat, ist unglaublich. Doxing wird häufig im politischen Kontext als Strategie verwendet, um Menschen einzuschüchtern, anzugreifen und damit auch an ihrer Meinungsfreiheit zu hindern. Darauf deutet auch dieser Fall hin. Die grüne Bundestagsabgeordnete und Polizistin Irene Mihalic, die diese politisch motivierten Kriminalitätsstatistiken regelmäßig bei der Bundesregierung anfragt, erklärte gegenüber netzpolitik.org: „Ob und welchen politischen Hintergrund die Tat hatte, halte ich für eine sehr relevante Frage. Zumal wir über die mögliche politische Wirkung solcher Taten sicher noch nicht alles wissen.“ Fiona Schmidt forscht an der Humboldt-Universität über politisch motivierte Straftaten. Schmidt geht von einer hohen Diskrepanz zwischen Hell- und Dunkelfeld gerade bei rechten politisch motivierten Straftaten aus, da diese Statistiken nur von Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden eingeordnet werden und nicht durch anwaltliche, journalistische und wissenschaftliche Recherchen. „Dann würde das Ausmaß rechter Straftaten sichtbarer und die bestehende Notwendigkeit einer politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung damit deutlicher werden“, so Schmidt. Besonders stark trete

die Diskrepanz von staatlich anerkannten und der durch Medien und Wissenschaft erfassten Todesopfer rechter Gewalt hervor. „Wenn eine politische Motivation erst später in den Ermittlungen oder im Strafverfahren erkannt wird, kann diese bis zum 31. Januar des Folgejahres nachgemeldet werden. Wenn das erst später festgestellt wird, geht die Tat nicht in die PMK [Statistik] ein. [...] Bis heute sind die Morde, Sprengstoffanschläge und Banküberfälle des NSU nicht in der PMK erfasst.“ Mit dieser Kann-Regelung ist es auch eine politische Entscheidung, ob eine Straftat als „politisch motivierte“ erfasst wird – oder eben nicht.

Laut Innenminister Seehofer gibt es derzeit keine Belege für einen politischen Hintergrund der Taten. Rückschlüsse auf die politische Motivation des Täters gab es dagegen auf dem Twitter-Account @_Orbit. Von allen im Bundestag vertretenen Parteien wurden nur von der AfD keine Daten veröffentlicht. Alle Opfer hatten sich positiv zum Thema Flüchtlinge geäußert und standen im Fadenkreuz von rechten Hetzern. Ein Bekannter des Täters berichtete: „Er ist auf jeden Fall ein bisschen rechtsorientiert, rechtsextrem auf keinen Fall [...]. Aber er hat ein starkes Problem mit der Flüchtlingspolitik“. Trotzdem wollen Innenminister und BKA keine politische Motivation erkennen! Vielleicht ist auch das einfach politisch motiviert. Zur gleichen Zeit bezeichnete der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul die mutmaßlich fremdenfeindlich motivierten Anschläge in Bottrop und Essen ebenfalls als nicht „politisch-motiviert“. Der Mann hatte sein Fahrzeug gezielt auf Ausländer bzw. Personen, die er für Ausländer hielt, gesteuert. Die Sicherheitsbehörden bewerteten die Tat aufgrund der Motivlage als terroristischen Angriff. Aber der zuständige Innenminister wiegelt ab. Seehofer und Reul sind Politiker der Union. Die hat offensichtlich kein Interesse daran, dass über ein Erstarken politisch-rechts motivierter Kriminalität diskutiert wird. 🌐

Für eine ausführliche Version, siehe netzpolitik.org.

Markus Beckedahl

Gründer und Chefredakteur von netzpolitik.org, einer Plattform für digitale Freiheitsrechte. Er ist Gründer der [re:publica](http://republica) und Mitglied im Medienrat der Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg

markus@netzpolitik.org

